

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Geogr. Nr. 159

Montag den 12. Juli 1920

Bestellungs- und Abbestellungsbedingungen sind in jeder Ausgabe beiliegend.

Das Blatt ist in der Regel wöchentlich zu erscheinen. In besonderen Fällen kann es auch öfter erscheinen. Die Abbestellung muss rechtzeitig erfolgen.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold
Postfach 1111
Stuttgart 5111

Die Redaktion ist für die Redaktion nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Redaktion nicht verantwortlich.

Nr. 159

Montag den 12. Juli 1920

94. Jahrgang

Der Bufferstaat in Ostasien.

Der Begriff und die Daseinsberechtigung eines Bufferstaates sind oft angezweifelt und als hohles Gebilde verworfen worden. In Wirklichkeit hat man aus praktischen Gründen solche Schattenwesen erstehen lassen, um den unmittelbaren Zusammenstoß zweier oder mehrerer Mächte zu verhüten und Beziehungen auszuhalten. Wir erinnern an Persien und Afghanistan zwischen England und Rußland vor dem Weltkriege, an die Mandchurien zwischen Japan und Rußland nach dem Kriege 1904/05.

Das neueste Gebilde dieser Art ist die im Entstehen begriffene Staatsentität zwischen Japan und Sowjetrußland in Ostasien. Der großrussische Rätestaat konnte sich in den weiten Gebieten vom Baikalsee bis zum Stillen Ozean nicht mit Entschiedenheit durchsetzen. Zwar entstanden in Tschita, Chabarowsk und Bladowostok bolschewistische Zentren, wo die Räteregierung sich einrichtete und von dort aus Strahlenbüchse ausstrahlte. Die Beamtenschaft gehörte zum Teil dem Geheiß der Moskauer Regierung, einige Truppenverbände schlossen sich an, die immer noch im Lande befindlichen, durch Mangel an Verkehrsmitteln festgehaltenen Kriegsgefangenen aus der Weltkriegszeit suchten bei dem Bolschewismus ihr Heil und erhofften von ihm die Besserung ihrer Lage, womöglich beständige Heimsendung. Unter den Anführern waren natürlich die zwangswise Vertriebenen mit Feuer und Flamme Bolschewisten, denn sie hatten mit dem alten System abzurechnen, das sie nach Sibirien verbannt hatte, selbstverständlich nach der Meinung der allermeisten zu unrecht. Natürlich gingen die Zwangsarbeiter mit Freuden zu den Bolschewisten über, da sie auf diese Weise ihre Befreiung erzielten.

Zudem war und ist noch der bei weitem größere Teil der Bevölkerung des in Frage kommenden Gebietes durch aus nicht bolschewistisch gesinnt. Die einflussreiche Kaufmannschaft will von der Bolschewistenvirtschaft nichts wissen, die ihr durch die sozialistischen Maßnahmen und durch die Unterbindung des Verkehrs die besten Verdienstmöglichkeiten des Ein- und Ausfuhrhandels, namentlich den früher blühenden Durchgangsverkehr von und nach China beschnitten, vielfach ganz gestört hat. Die angesiedelten Kosaken und freien Bauern, deren Einzelbesitz durch den praktischen Aufstellungsprozeß des Bolschewismus geraubt wurde, waren grundsätzliche Feinde der Bolschewisten, ebenso wie Kräftekreuzungen für Bergbau, Waldausnutzung, Fischerei, die sich nach dem Eingreifen der Bolschewisten in ihren Monopolen und Gewinnaussichten höchst empfindlich gekränkt fühlen.

In diese Gegensätze hinein griff die japanische Politik. Sie hatte mit vieler Geduld und Fähigkeit, verbunden mit feinen Drohungen und unter Hinweis auf die praktische Vornachstellung Japans in Ostasien, den englischen und amerikanischen Wettbewerbern verdrängt. Um die Ruhe in der Mandchurien und in Korea aufrecht zu erhalten, die japanischen Staatsangehörigen und Kapitalisten zu schützen, die Finanzforderungen Japans gegen das neue Rußland zu verzeichnen, ließ Japan, wie wir uns erinnern, Truppen in russisch-ostasiatischen Landen. Sie verjagten durch das Auftreten geordneter und kriegsgewöhnter Verbände die bolschewistischen Verbände, die schlecht geführt und minderwertig bewaffnet waren und mit den Japanern einen Kampf nicht aufnehmen konnten. Jetzt sind die Japaner bis an den Baikalsee vorgedrungen und beherrschen das ungeheure Gebiet wenigstens insoweit, als die japanischen Waffen reichen.

Jetzt kommt es darauf an, etwas Bleibendes zu schaffen, das den Interessen des Siegers, also der Japaner, unter Wahrung des Scheines von Recht zu dienen, geeignet ist. Selbst behalten und beherrschen will und kann Japan natürlich das Land nicht, denn es ist viel zu groß und würde sehr erhebliche Aufwendungen an Truppen, Geld und Verwaltungseinrichtungen kosten. Fast in gleicher Weise erreicht Japan sein Ziel, wenn es den Bufferstaat schafft, der selbstverständlich von dem der beiden Nachbarn ausgeht und beherrscht wird, der die größte Macht besitzt. Daß dies Japan ist, kann keinen Augenblick zweifelhaft sein. Es wird in dem neuen Bufferstaat, der den bolschewistischen Grundton aufweist, das Recht der militärischen Besetzung der Eisenbahnen und Häfen, die freie Ansiedelung für japanische Staatsangehörige, Handels- und Zollprivilegien weitgehender Art sich sichern, jedenfalls auf dem ostasiatischen Festlande einen gesicherten Nachbarn erhalten. Die neuen Grenzen sehen noch nicht fest. Wahrscheinlich werden dazu gehören: westlich des Baikalsees Stadt und Gebiet Irkutsk, der Baikalsee selbst, Transbaikalien, das Amur, Ussuri-Rückengebiet mit der Halbinsel Kamtschatka und der Nordhälfte der Insel Sachalin. Hauptstadt soll Bladowostok werden. Im

werden; sie habe aber nur Erfolg, wenn sie vom einmütigen und entschlossenen Willen aller Teile des Volkes getragen sei. Er bedauerte, daß es nicht gelungen ist, die Regierung auf eine breitere Grundlage zu stellen und sie vor unabweislichen Erschütterungen zu bewahren. Alle am Wiederaufbau mitarbeitenden Kräfte hätten an der Regierung vertreten sein sollen. Diese Bereitwilligkeit sei bei sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der äußersten Linken, vorhanden. Auch dieser Redner bedauerte die Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Wenn auch die Deutsche Volkspartei zur Regierungsbildung nicht herangezogen worden sei, sei sie doch zur Mitarbeit bereit und werde die Regierung bei Durchführung ihres Programms, das sich mit den Grundgedanken der Partei decke, unterstützen. Der neue Arbeitsminister Dr. Schall führte sich sodann mit einer nach Form und Inhalt gleich sympathischen Rede sehr gut ein. Er beendete zunächst die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, deckte auch verschiedene Verwaltungsfehler auf, so die Verzögerung durch die Ausführungsbehörden und die zu späte Umlegung der Ausführungsarbeiten in die Praxis. Der Abbau der Verkaufspreise müsse mit größter Beschleunigung eingeleitet werden. Die Notwendigkeit, die Preise der jetzigen Wirtschaftslage auch bei Verlusten anzupassen, bestehe nicht nur für die privaten Erzeuger, sondern auch für die öffentlichen Körperschaften. Wenn es nicht bei der obliegen Unwirtschaftlichkeit unserer Volkswirtschaft bleiben soll, muß eine Aufforderung an alle Beteiligten zu gleichmäßigem schrittweisem Abbau der Preise in der Industrie und Landwirtschaft und der Löhne und Gehälter ergehen. Die Industrie habe tatsächlich mit dem Abbau schon begonnen. Eine Herabsetzung der Fleischpreise stellte der Minister in Aussicht. Eine Herabsetzung der Milchpreisverfügung im Sinne einer Herabsetzung der Preise sei berechtigt. Anzuerkennen sei, daß durch die Vereinbarung über die Herabsetzung der Milchpreise von Seiten der Landwirtschaft ein Entgegenkommen gezeigt worden sei. Die Herabsetzung der Futtermittel- und Düngemittelpreise sei eine der Hauptvoraussetzungen, wenn der Preisabbau in Gang kommen soll. Unter dem Abbau der Zwangswirtschaft verheißt die Regierung: Aufrechterhaltung bei Getreide und Milch, Umformung der Schlichtverhandlungen, einer vollen Aufhebung der Preisbeschränkungen stehen wenigstens beim Großvieh, erhebliche Hindernisse entgegen. Beim Zucker soll die diesjährige Ernte die letzte öffentlich bewirtschaftete sein. Die Aufhebung der Preisbeschränkungen ist angekündigt. Beim Abbau der Zwangswirtschaft darf der Verbraucher aber nicht schuldig gelassen werden, hier wird ein Ausbau der Preisüberwachung und Preisprüfung nötig sein. Der Grundsatze der Leistungssteigerung und der Verminderung des Aufwands gilt aber auch für die öffentliche Verwaltung. — Auf Antrag der Bürgerpartei wurde sodann gegen die Stimmen der demokratischen Partei und der Sozialdemokratie die Vertagung der Aussprache auf Dienstag 4 Uhr beschlossen. Am Schluß der Sitzung erklärte der Abg. Schall in einem (D) gegenüber dem Abg. Roth (S.D.), der wegen eines gegen die Demokratische Partei gerichteten Zwischenfalls einen Ordnungsruf sich zugezogen hatte, der Abg. Roth habe damit den Voraussetzungen seiner Partei bei dessen Wahl zum Vizepräsidenten nicht entsprochen.

Die Konferenz von Spa.

Bericht der aus Spa zurückkehrenden Delegationsmitglieder.

Berlin, 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geßler, Staatssekretär Alpert, und General von Seckert Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entlassung der Bevölkerung, d. h. also das Einsammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zu Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Reichens zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterschrift geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuche werde, es zu tun, um die Bedingungen allenfalls auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten. Es wurde weiter festgestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag gefordert wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßnahmen greifen muß.

Das neue Abkommen.

Spa, 10. Juli. In dem in der gestrigen Vormittags-Sitzung unterzeichneten Abkommen sind, wie Spaas mitteilt, die Maßregeln für eine eventuelle Besetzung neuer Gebiete im Falle der Nichterfüllung der Bedingungen angeführt, ebenso über die See- und Luftschifffahrt. Das von den Deutschen unterzeichnete Protokoll umfaßt fünf große Schrei-

maschinenschriftlichen mit dem englischen Text in der linken und dem französischen in der rechten Spalte. In der Frage der Kohlenlieferung herrscht unter den Alliierten, wie ein Spaas-Telegramm besagt, ebenso volle Übereinstimmung, wie in der Entlassungsfrage, was in der Ankündigung von Repressalien als gemeinsame Entscheidung zum Ausdruck kam. Dem Unterstaatssekretär Beckmann, der für mildernde Umstände wegen höherer Gewalt eintrat, antwortete Millerand mit einer Widerlegung. Die vorgebrachten Daten widerlegte dieser mit Zahlen, wies auf die Entschädigungspflicht der Deutschen für die zerstörten Gruben hin und verlangte, daß die Entscheidung der Delegationen über die Kohlenlieferung das Vortrecht Frankreichs auf Bezug von Kohlen anerkennt. Frankreich hat jährlich 35 Millionen Tonnen zu liefern, davon 1,4 Millionen Tonnen monatlich für die zerstörten Gruben und der Rest als Ersatz für die Kohlen, die Frankreich vor dem Krieg hat kaufen müssen. Bevor Deutschland seine Nachbarn mit Kohlen versorgt, muß es die Bedürfnisse Frankreichs befriedigen, welches übrigens bereit ist, den Wert desjenigen Kohlen in Lebensmitteln zu vergüten, über die Deutschland außerdem noch verfügen kann. Die Kontrollkommission in Berlin läßt sich jeden Monat ein Lieferungsprogramm von den Deutschen vorlegen und die Aufträge sind erst nach der Genehmigung ausführbar. In dem Falle der Nichterfüllung dieser Bestimmungen oder einer Täuschung wird diese Kommission der Wiedergutmachungskommission Zwangsmaßnahmen vorschlagen und die Wiedergutmachungskommission wird den alliierten Regierungen Sanktionen unterbreiten. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas erwähnt noch, daß zum erstenmal seit Eröffnung der Konferenz ein Händedruck zwischen den Alliierten und den deutschen Delegierten gewechselt worden sei. Lloyd George habe einige Worte mit Simons gewechselt und diese Szene habe sich ganz natürlich abgepielt.

Das Protokoll über die Kriegsschuldigen.

Spa, 10. Juli. Spaas. Das Protokoll über die Kriegsschuldigen nach amtlichen Berichten lautet: Die Konferenz hat in Übereinstimmung der bevollmächtigten Vertreter Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans einerseits und Deutschlands andererseits beschlossen, daß das in die Hände des Reichsgerichtes zu Leipzig delegierte Strafverfahren im Sinne des Briefes des Präsidenten des Obersten Rates der Alliierten an die deutsche Regierung vom 4. Juni 1920 fortzuführen ist. Um die Untersuchung in der genannten Sache zu beschleunigen und alle wünschenswerten juristischen Feststellungen zu erhalten, wird sich der Reichsanwalt des Leipziger Reichsgerichtes direkt mit dem Attorney General oder dem Justizminister der betreffenden alliierten Macht in Verbindung setzen, um Auskunft oder gerichtliche Feststellungen durch einen Untersuchungsausschuß oder auf anderem Wege zu erlangen. Das wird in kürzester Frist ausgeführt werden und das Gesamtergebnis dem Reichsanwalt in Leipzig übermitteln werden. Nach einer anderen Meldung hat der deutsche Justizminister Dr. Petzke u. a. daraufgelegt, daß seitens der deutschen Regierung in der Frage der Kriegsschuld verschiedene Verfügungen geplant, aber noch nicht erfolgt seien.

Polnischer Hilferuf.

Warschau, 10. Juli. Das Ministerium des Reichens hat an die Konferenz von Spa eine Note gerichtet, in der es heißt: Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung, die zwischen Polen und Rußland wohnt. Das polnische Heer schützt Europa vor der bolschewistischen Woge. Das polnische Volk steht zum Schutze seines heimischen Herdes auf. Polen braucht, wenn es zu weiterem Kampfe gezwungen wird, die ausgiebige materielle und moralische Hilfe der Alliierten.

Die Polenfrage.

Spa, 10. Juli. In Anwesenheit von Marshall Foch hatte Kun Grolly mit Millerand und Lloyd George eine wichtige Unterredung. Er ersuchte um Intervention, damit das im Aufbau begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. In den Verhandlungen der Alliierten kommt der polnischen Frage gegenwärtig ganz besondere Wichtigkeit zu.

Spa, 10. Juli. Spaas. Lloyd George und Millerand erklärten Grolly, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten. Nach dem Beitritt Japans wurde ein Vorschlag Grollys, bei den Deutschen Munition antaufen zu dürfen, die zur Zerstörung oder Auslieferung bestimmt ist, von den Alliierten abgelehnt, da der Friedensvertrag von Versailles solche Abtretungen nicht erlaube. Dagegen sind die französischen, die englische und italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen und eine Hilfeleistung für Polen zu verlangen.

Spa, 10. Juli. Marshall Foch wird wahrscheinlich heute nach Paris abreisen, um im Großen Generalstab über die einschneidenden Richtlinien gegenüber Polen zu konferieren.

Verschiebung der interalliierten Finanzkonferenz.

Brüssel, 10. Juli. Spaas. Nach einer Zeitungsmeldung aus Spa soll die interalliierte Finanzkonferenz, die sich in Brüssel hätte versammeln sollen, auf ein späteres Datum verschoben worden sein.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 10. Juli. In der Aussprache über die Erklärungen der Regierung ist heute die erste Rednergarnitur zu Ende gekommen. Als letzter Fraktionredner sprach maßvoll und sachlich unter Vermeidung von Weitschweifigkeiten der Abg. Vickers von der Deutschen Volkspartei. Unter vielseitiger Zustimmung erklärte er, die Forderung auf Revision des Friedensvertrages müsse immer und immer wieder erhoben

Zurückgegebene Vorwürfe.

Die Franzosen beklagen sich beständig über unseren bösen Willen hinsichtlich der Ausführung des Friedensvertrages. Sie rechnen uns vor, daß wir den Vertrag absichtlich sabotieren. Diese Vorwürfe können leicht zurückgegeben werden.

Frankreich ist während des Krieges bei Spanien eine Schuld von 455 Millionen Franken eingegangen. Diese Schuld sollte vom Juni 1919 ab durch Monatsraten zu 35 Millionen Mark abgetragen werden. Wegen des für Frankreich ungünstigen Valutastandes ersuchte die französische Regierung um Aufschub der Zahlung auf ein Jahr und erhielt ihn. Jetzt verlangt nun die französische Regierung aus neuer, eine Verlängerung der Frist zu erhalten und zwar auf zwei Jahre. Das ist unsa merkwürdiger, als Frankreich die Bedingungen, unter denen die Kasse seinerzeit zustande kam, nicht eingehalten hat.

Es hatte sich verpflichtet, der spanischen Einfuhr keine Schwierigkeiten zu bereiten und einen großen Posten phosphorhaltiger Salze aus Algerien für die spanische Landwirtschaft zu liefern. Beide Bedingungen hat Frankreich nicht erfüllt. Es hat keine Grenze gegen die Einfuhr der wichtigsten spanischen Produkte gesperrt und die algerischen Salze überhaupt nicht geliefert. Dazu tritt Frankreich neuerdings in der marokkanischen Frage Spanien sehr unfreundlich gegenüber, so daß ein leitendes spanisches Blatt vor kurzem von den Humanitätsaposteln an der Seine schrieb: „Für diese Vertreter der kolonialistischen Partei gibt es keine Riederrst, vor der sie zurückweichen, wenn es heißt, uns unser gutes Recht streitig zu machen.“ Und die englische Zeitung „Daily News“ stellte vor kurzem zu diesem Streite fest, daß die Ansprüche Frankreichs die erträglichen Grenzen überschreiten.“

Das stellt man bei Spanien fest. Und bei Deutschland will man es nicht zugeben.

Bevorstehende Unterzeichnung des lettisch-deutschen Friedensprotokolls.

ABC. Wie wir erfahren, wird sich demnächst zur Unterzeichnung des lettisch-deutschen Friedensprotokolls eine dreigliedrige Kommission, die sich aus Mitgliedern der Kommission für Auswärtiges in der Konstituante zusammensetzen dürfte, nach Berlin begeben. Eine entsprechende deutsche Abordnung wird in Riga erwartet.

Die Lohnstreitigkeiten in der ober-schlesischen Bergindustrie beigelegt.

Berlin, 9. Juli. Im Reichsarbeitsministerium hat mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der ober-schlesischen Berg- und Hütten-Industrie eine Sitzung stattgefunden, in der es gelungen ist, die seit mehreren Wochen schwebenden Lohnstreitigkeiten beigelegen.

Weitgehende Erleichterung für Einreise und Aufenthalt in der Schweiz.

Bern, 9. Juli. Der schweizerische Bundesrat gewährte weitgehende Erleichterungen für die Einreise und den Aufenthalt nach Bern, in der Schweiz. Die Grenzkontrolle wird nunmehr sehr vereinfacht und die Grenzgebühren aufgehoben. Die Inlandskontrolle beschränkt sich auf eine einzige Anmeldung am ersten Aufenthaltsort. Im übrigen ist gänzliche Bewegungsfreiheit zugelassen. Die Abmeldefrist ist ebenfalls aufgehoben. Diese Verfügungen treten am 15. Juli in Kraft.

Pressekegelung auch im unbefestigten Deutschland?

Basel, 10. Juli. Die „Presse-Information“ berichtet aus Paris: Die französische Regierung hat beim Obersten Rat den Antrag gestellt, auch eine alliierte Kontrollkommission für die deutsche Presse zu ernennen. Diese Kommission soll alle die alliierten Länder betreffenden unwahren Behauptungen in der deutschen Presse richtig stellen lassen und im Falle der Weigerung die deutsche Regierung verantwortlich machen.

Die polnische Regierung führt die militärische Briefzensur ein.

Berlin, 9. Juli. Die polnische Regierung hat vom 1. Juli ab die militärische Zensur der Briefe von und nach Deutschland eingeführt, was erhebliche Verzögerungen des Briefverkehrs zur Folge haben wird.

Abreise der türkischen Friedensdelegation.

Paris, 9. Juli. Der Großvezir hat mit seinen 23 Mitarbeitern gestern Abend Versailles verlassen. Die Kurten kehren über Loulon nach Konstantinopel zurück. Der Großvezir hat seine Abreise verkündet, weil er annimmt, nach Spada berufen zu werden.

Württembergische Politik.

Ein kirchliches Wort zur gegenwärtigen Lage.

Op. Die ev. Bezirkskirchenversammlung, die am 28. Juni in Kirchheim u. T. tagte, hat einen Aufruf erlassen, der im ganzen Land gehört zu werden verdient. Es heißt darin, nachdem auf die großen Gefahren unserer gegenwärtigen Lage, auf Leertung und Geschäftsstockung, aber auch auf die guten Ernteausichten hingewiesen ist: „Wie zwingen wir die Berge, die bis dahin noch im Wege stehen? Wer wollte nicht gerne das Seine dazu beitragen, daß wir's zwingen? So bitten wir Euch Männer des Pfuges: Stellt an Lebensmitteln zur Verfügung, was ihr noch irgend entbehren könnt! Es gilt Menschenesundheit und Menschenleben zu retten. Und die zweite Bitte. Denket bei Ansetzung der Preise daran, daß die Käufer gegenwärtig oft Leute sind, deren Einkommen von Woche zu Woche sinkt. Kinderreiche Familien, die jede Kartoffel kaufen müssen, wie schwer tun sie schon bei guten Einkünften, wie schwer ist, wenn die Einkommensquellen wie jetzt immer spärlicher fließen! Helft mit mäßigen Preisen den sorgenbeladenen Müttern ihre Vösten erleichtern und beurteilt den Stübler nicht nach einzelnen Beispielen des Leichtsinns und der Verschwendung, die für da und dort steht! Euch andere Stände aber bitten wir: Misset nicht den Bauernstand nach dem, was der eine oder andere in Habgier flüchtig. Habt Augen, wieviel ehrliche, treue Arbeit dort geleistet, wieviel Sparsamkeit dort geübt wird, mit wieviel Schwierigkeiten auch der Bauernstand zu ringen hat! Wir bitten um unseres Volkes willen: Weg mit dem Mißtrauen und der Bitterkeit gegeneinander, weg mit dem Unfrieden! Laßt uns einander vertrauen, entgegenkommen, dienen und helfen!“

Anfrage wegen der Gefangenen.

Stuttgart, 9. Juli. In Sibirien und in Frankreich wird nach einer größeren Zahl deutscher Kriegsgefangener auch aus Württemberg zurückgehalten. Bürgerpartei und Bauernbund haben deshalb im Landtag die kleine Anfrage gestellt, was seitens des Staatsministeriums geschehen sei, um die schleunige Rückkehr dieser Angehörigen zu ermöglichen.

Um die Ruhegehälter der Minister.

Stuttgart, 9. Juli. § 34 der Verfassung bestimmt, daß der Anspruch der Minister auf Ruhegehalt, sowie auf Pension- und Witwenversorgung durch Gesetz geregelt werde. Bürgerpartei und Bauernbund haben im Landtag die kleine Anfrage gestellt, warum der Gesetzentwurf bis jetzt nicht vorgelegt und wie seitens der zurückgetretenen Minister in dieser Richtung verfahren worden sei.

Mehrerel Anfragen.

Stuttgart, 10. Juli. Im Landtag hat der Abg. Pfleger die Anfrage eingebracht, ob der Minister des Innern gewillt sei, an dem von seinen Amtsvorgängern eingenommenen Standpunkt festzuhalten, daß die Zustimmung zu der Eingemeindung von Hedelfingen und Overtürkheim nach Stuttgart nur dann erteilt wird, wenn im Zusammenhang damit auch die Eingemeindung von Botnang und Kaitental nach Stuttgart erfolge. Die Unabhängigen fragen an, ob das Staatsministerium bereit sei, bei der Reichsregierung sich für Beilegung des Streits der Angehörigen der Versorgungs- und Pensionsbehörden zu verwenden. Außerdem haben sie eine Erklärung eingebracht, daß dem Landtag schließlich ein Gesetzentwurf vorzulegen sei, nach dem die Arbeitsmittels- und Stammanträge aufzulösen sind.

Aus Stadt und Bezirk.

Kaalob, den 12. Juli 1920

Verwaltungsdienstprüfung. Auf Grund der in den Monaten Mai und Juni 1920 vorgenommenen mittleren Verwaltungsdienstprüfung sind u. a. die nachgenannten Kandidaten zur Übernahme der in § 1 der Verordnung vom 18. Okt. 1913 bezeichneten Ämter für befähigt erklärt und zu Verwaltungspraktikanten bestellt worden: Alexander Probst von Stuttgart, J. Ragold; Wilhelm Schrein von Bittelbronn O. A. Nord; Heinrich Koch von Wildberg; Hugo Rater von Gailfingen O. A. Herrenberg; Gottlob Müller von Hattenbach; Matthias Kugler von Bierlingen O. A. Forth; Karl Schmidt von Gail; Fritz Seeber von Reuland O. A. Gail; Hermann Walz von Wiltensweiler O. A. Frensdorf.

Den Fernsprecheinnehmern, die ihren Anschluss auf 1. Juli gekündigt haben, ist zur Zurücknahme ihrer Kündigung eine Frist bis 14. Juli eingeräumt worden. Vom 16. Juli an wird über die abgenommenen Apparate anderweitig verfügt.

Blumentag. Der Himmel wußte von dem Vorfesttag und die Sonne auch. Und so, die Strahlende, die mit ihrem weissen Licht unser Südtal überflutete, gab mit ihm die Freude auch in die Herzen vieler. Und daß die Vorfesttagigkeit groß war, das sah man. — Warum auch nicht? Wer hätte auch dem jungen, lieblichen Mädchen widerstehen können, das mit frohem Gesicht die Vorübergehenden bat, und dem die Freude über sein „Handwerk“ aus den lachenden Augen leuchtete. O ja, sie waren alle eifrig am Werk, die Blumentagmädchen. Mühsig war dem ganzen Unternehmen, daß die Stadtkapelle ihre Musikstücke an verschiedenen Stellen der Stadt zu hören gab und die Turner ihre glänzenden Leistungen in einer festlichen Veranstaltung auf dem Schloßberg darboten. — Einen vollen Erfolg hatte unser Blumentag, — etwa 3200 M. sind eingegangen — und hoffentlich ist es uns vergönnt, das traurige Los unserer Brüder in der Sklaverei etwas erleichtern zu können.

Das Schauturnen des Turnvereins auf dem Schloßberg war am gestrigen Nachmittag von herrlichem Wetter begünstigt. Es hatten sich deshalb auch an auswärtigen Gästen die Brudervereine von Gündringen, Gschdorf, Hattenbach, Oberaltheim, Wildberg eingefunden. Erfreulich war zu sehen, wie auch aus allen Schichten der Einwohnerschaft der Turntag reges Interesse entgegengebracht wird, haben doch die Zuschauer, jung und alt, in überaus großer Zahl die Höhe erstiegen. Ihre Mühe fand schönen Lohn in dem Vergnügen. Unter den Vorführungen am Reck, Barren, Pferd und im Sprung waren Glanzleistungen zu verzeichnen, die berechtigten Beifall erzielten, waren sie doch ein Beweis für den Eifer der Turnerschaft für das energische Streben und die gleichzeitige Schulung des Turners, der sich selbst als glänzender Turner erweist. Auch die gemeinsamen Freilübungen — ausgeführt nach der erhaltenen Weise unserer Stadtkapelle — waren eine Augenweide, in ihrer Auswahl aber glänzend, da sie in ihrer ununterbrochenen Wiederholung den Geist des Turners zur Sammlung riefen und in ihrer Verschiedenartigkeit jede Faser des Körpers beanspruchten. Hier zeigte sich so recht wie das Turnen ein Stück Selbststudium allerersten Ranges erfordert und es ist ein gutes Omen für unsere Zeit, daß die Pflege derselben in den Turnvereinen wieder eine Stätte gefunden hat wie vor dem Krieg. Dazu hat der Turnverein Ragold auch die Ideale des deutschen Liedes in sich aufgenommen und die Darbietungen seiner „Sängertruppe“ waren von erquickender Frische und Schönheit. Möge der Verein seine Ideale weiter pflegen, so leistet er damit ein schönes Stück inneren Wiederaufbaus unserer Heimat. Wünschen möchten wir, daß so manche unserer schulentlassenen Jungen im Turnverein Stunden der Erholung vom Beruf und körperliche Erleichterung suchen möchten. Dem Verein ein herzlich: Gut Heil!

Der Kriegerbund gegen den Streik. Bekanntlich sind wegen Lohnstreitigkeiten die sämtlichen in Versorgungsstellen tätigen Vertragsangehörigen in den Ausland getreten. Die Folgen davon treffen in erster Linie die Kriegsbeschädigten und Kriegerinteressierten da deren Versorgungsansprüche die ohnedies schon zu vielen Tausenden der Erledigung harren, nun noch länger unbesetzt bleiben müssen. Der Württ. Kriegerbund, als Kriegsbeschädigtenorganisation, hat sich daher im Interesse der ihm angehörenden Kriegsoffer an die Landesdienststelle für das Rentenversorgungswesen in Württemberg, sowie an das ihr vorgesetzte Reichsarbeitsministerium in Berlin gewandt, gegen das Vorgehen der Vertragsangehörigen scharfen Einspruch erhoben und gefordert, daß durch geeignete Maßnahmen die Wiederholung

solcher im höchsten Maße sozialer Vorkommnisse für unner undmöglich gemacht wird.

Körperliche und geistige Entlohnung. Die Saluta der Beisteharbeit sinkt immer tiefer im Kurs. Das preuß. Kultusministerium wagt heute noch als demnächstige Vorkommnisse für 1200—1300 M. jährlich auszugeben, in einer Zeit, wo nach der „Rhein. Volkszeit.“ ein Straßenbahnkassierer in Düsseldorf 20 000 M. verlangt, wo kein Handarbeiter einen Stein aufhebt oder eine Kelle anrührt ohne Taxilohn! Ein Berufsmüller bezieht in München pro Stunde 6 50 M. ein Kapellmeister gar 18 M. Laut Verfügung des preussischen Kultusministeriums dürfen die Stadienaffektoren, die zu Vertretungsstellen herangezogen werden, nur 4. höchstens 5 M. erhalten.

Methodistenkirche von Süddeutschland. Vom 30. Juni bis 5. Juli fand in Birmenstorf die Jahreskonferenz der Prediger der bishöfl. Methodistenkirche von Süddeutschland statt. Die Berichte und Verhandlungen zeigten, daß die Kirche im Zeichen des Fortschritts steht. Die verlassenen 108 Prediger repräsentierten 18 118 Mitglieder in 71 Gemeinden mit 487 Predigerstellen. Die 160 Kapellen, Wohn- und Gemeindeführer haben einen Wert von über 5 Millionen Mark. An freiwilligen Beiträgen haben die Mitglieder im letzten Jahre über eine Million Mark. Der Reichstagswahlkampf verleiht wünschenswert allen für den Bereich der Süddeutschen 70 000 christl. Zeitschriften. Von besonderer Bedeutung war im letzten Jahre der Zusammenschluß der drei bestehenden Diakonissvereine (Behandlungsvereine in Frankfurt a. M., Schweinfurt, Beinhorn in Hamburg und der Martha-Maria-Verein für allgemeine Krankenpflege in Nürnberg) zu einem „Verband der Diakonissvereine der Methodistenkirche Deutschlands“. Dieses Diakonissenwerk mit seinen 568 Schwestern ist das größte und einflussreichste soziale Werk des deutschen Methodismus.

Bilge. Da es nicht selten vorkommt, daß Menschen durch den Genuß von Bilgen sterben, so möge die Mahnung beherzigt werden, daß man Bilge, die man nicht ganz genau kennt, lieber stehen läßt, als sie lammelt. Die alliierten Schwämme unterscheiden sich jedoch von den ehbaren durch ihren widerlichen Geruch, der namentlich dann in Erscheinung tritt, wenn man sie zerdrückt. Die ehbaren Bilge haben einen würzig aromatischen Duft. Auch an der Blätterbildung sind die gütigen Schwämme erkenntlich. Sie sind meist gerippt, während die ehbaren Bilge eingeklappte Blätter tragen. Im Zweifelssfall lege man die gerammelten Bilge den Wildkäufern vor. Gütige Bilge werden von ihnen nicht berührt, dagegen die ehbaren gern genommen.

Hopfenanbau aus dem Ausland. Die bereits früher angeordnete, zeigen japanische Bierbrauer großes Interesse an der heutigen Hopfenerte und haben die Absicht, einen großen Vollen anzukaufen. Bayerischer Hopfen geht oft nach Sibirien, wo ihn die Eskimos mit großem Nutzen weiterverarbeiten. Ein klassisches Beispiel ist die Tatsache, daß hanrischer Hopfen im vorigen Jahr in großen Mengen von indischen Händlern über die Grenze geschafft, in Sibirien aufgeschleppt und, als Knappheit eintrat, zu beunruhigenden Preisen an die Franzosen verschleudert wurde. Offensichtlich haben die geriebenen Tischen aus diesem Geschäft etwas gelernt.

Brennholzversorgung und Verbraucher. Die letzte Preisverhöhung für Brennholz im März ds. Js. um 25%, die rückwirkend bis 1. Januar gemacht wurde, hat in zahlreichen Gemeinden Beschwerden hervorgerufen. Demgegenüber weist das Landesbrennstoffamt im Staatsanzeiger dar auf hin, daß die Erhöhungen nicht stichhaltig seien. Die Rückwirkung der Preisverhöhung sei veranlaßt durch die von 1. Januar ab erhöhte Holzsteuer. Eine Verzeigung von der Nachzahlung wäre gleichbedeutend mit der Benachteiligung der Waldbesitzer, die sich bestreht, ihr Pflichtbrennholz abzuliefern. Die Preisverhöhung vom März und ihre Rückwirkung müßte grundsätzlich aufrecht erhalten werden. Den Gemeinden sei zu empfehlen, bedürftigen Einwohnern, besonders Kriegsbeschädigten, Witwen, Erwerbsunfähigen, kleineren Rentnern usw. durch Übernahme der Preisverhöhung auf die Gemeindefasse soweit wie möglich entgegen zu kommen. Die Staatsforstverwaltung hat sich bereit erklärt, auf eine Nachforderung für das aus Staatskosten kommende Holz, das zu nicht erhöhten Preisen aufbereitet wurde, zu verzichten, sowie von der Erhebung von Verzugszinsen abzusehen, wenn die Nachforderung bis 1. August ds. Js. bereinigt wird.

Die zur Reife gelangten alten „Winterkartoffeln“ sind meist mehr oder weniger schwarzfleckig und es verliert dadurch ein gewisser Prozentsatz an Kartoffelquantum verloren, da diese fleckigen Stellen ungenießbar sind. Diesen Uebel kann man auf einfache Weise begegnen, wenn man dem Kochwasser, gleichviel ob die Kartoffeln geschält oder als Pellkartoffeln gekocht werden, 1 Eßlöffel voll Essig beifügt.

Erbarnt auch der durstige Tiere. Bei der gegenwärtigen Hitze steht man häufig durstende Tiere die schwächsten Lachen auslecken. Dies muß das Vieh jedes Tierfreundes erregen. Es trachtet daher an alle Tierhalter die dringende Bitte, ihren Schuggeblenen täglich mehrmals frisches Wasser in genügender Menge zu reichen. Ganz besonders soll auch der armen Tiere gedacht werden, die eingesperrt, sogar angebanden sind und deren Wohl und Wehe deshalb ganz vom Mitleid ihrer Besitzer abhängig ist: des an der Kette schmachenden Viehs, der armen Hofsunde, des oft in dumpfen Ställen eingesperrten Geflügels, der nicht selten in engen Kästen zusammengepferchten Kanarienvogel, der armen Sündenbögel, die manchmal der größten Sonnenhitze ausgefetzt werden. Die Viehrer können ihre Schärer nicht oft genug auf diese Mißstände aufmerksam machen. Auch die Schutzmannschaft sollte angehalten werden, die Bestrebungen des Tierchutzvereins nach dieser Richtung zu unterstützen. Des Viehs erbarnt sich der Gerechte, mit's nicht der Herr, mit's Mägd' und Knechte.

Kalkverteilung. Die Kalkverteilung für Juli, August und September wurde unter Annahme einer gleichbleibenden Brennstofflieferung wie folgt beschloffen: Eisen- u. Stahlwerke 50 000 t, Kalksteinfabriken 35 800 t, Gemische Industrie 30 000 t, Kolorieren und Gasanstalten 4000 t, Landwirtschaft 40 000 t, Baugewerbe 78 000 t, Kalksandsteinfabriken 12 500 t, Schwemmschiffenfabriken 10 000 t. Im ganzen wurden für die drei Monate 260 300 t verteilt.

Kindersbach, 12. Juli. Das am gestrigen Sonntagnachmittag — dank günstiger Witterung — hier im Freien

Stattgehabte Missionsfest nahm einen anregenden, erhebenden Verlauf. Worte der „ewigen, göttlichen Wahrheit“, in instruktiven, zu Herzen gehenden Worten dargeboten, fesselten das Interesse der sehr zahlreich versammelten Zuhörer vor Ort und den benachbarten Ortschaften. Umrahmt war die Missionsfeier von gediegenen Vorträgen eines Hofmanns von Karlsruhe, der auch die Leitung der Gemeinschaftsgefänge der Versammlung übernahm, und von erhebenden Gesangsvorträgen geistlicher, heiliger Veder seitens der Jugendblinde von Unterjettingen, Eßlingen, Münderbach und Karlsruhe. Herr Strauß, vollendet ausgebildeter Missionar u. Evangelisationsprediger, redete in ausführlicher, trefflicher Weise über Apostelgeschichte Kap. 17. H. Missionar Spring redete zunächst über Apostelgeschichte Kap. 14 und Kap. 2 und erstattete sodann in sehr eingehender, interessanter Weise Bericht über seine Arbeit und Erlebnisse während seiner 9-jährigen Missionsstätigkeit auf der — in der Südbaher gelegenen Insel Bonaparte. Bruder Rindfleisch Unterjettingen redete über Offbg. Joh. 7 und Maleachi 3. Anzuerkennen ist auch, daß unter der bewährten Leitung des Dirigenten des Hofmanns u. Jugendbundes Karlsruhe der Tag des Herrn mit erhebenden geistlichen Lob- u. Dankliedern eingeleitet und Gort die Ehre gegeben wurde — wohl im Hinblick auf die erfolgte freundliche und segensreiche Witterung. Erwähnenswert sind die zwei Vieder-vorträge des Jugendbundes Karlsruhe, die derselbe vor und nach der trefflichen Predigt des H. Otagelstlichen in unserer Kirche vorzutragen die Güte hatte. Herzlicher Dank sei allen, die zum Gelingen des Festes beizutragen.

Waldorf, 12. Juli. Am Samstag abend verunglückte Jakob Sittel, Schlosser von hier, dadurch, daß ihn an seinem Fahrrad die Wabel des vorderen Rades brach. Er wurde darauf vom Rade geschleudert, daß er bewußtlos liegen blieb. Nach ärztlicher Feststellung hat er sich dadurch eine Gehirnerschütterung zugezogen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Eine Wahlrechtskonferenz der Sozialdemokratischen Partei des 16. Landtagswahlkreises
 fand am Sonntag in Bröglingen statt, die von den Oberleitern Neuenbürg, Calw und Nagold gut besucht war. Landtagssekretär Steinmayer besprach eingehend die Wahlen und die sich daraus ergebenden Verhältnisse; ferner den neuen Organisationsentwurf. In der lebhaften Aussprache wurde allgemein die Wiedererrichtung der früheren Wahlkreisorganisation und Teilung gefordert. Zum Leiter des 16. Wahlkreises wurde darauf einstimmig Genosse Robert Schröder-Calw gewählt. Sodann wurde eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt.

Heilbronn, 10. Juli. Im „Schwarzw. Volksblatt“ wird aus Würzburg berichtet: Der ledige Chr. R. habe seinen jüngeren Bruder im Siret erschossen. Zwar sei noch Leben in dem Körper, es dürfte aber kaum erhalten bleiben. Der Schuß ging durch den Hals. Der Täter wurde, obgleich leicht verwundet, in den Ortsersticht geschloffen.

Oberndorf, 9. Juli. Ein diesiges Dienstmädchen verlor im Schlafe zwei halbe Röhre mit Gummipfanne. Der gerichtliche Befehl blieb ihr in der Speisekammer stehen. In der chirurgischen Klinik in Tübingen gelang es, die Röhre ohne schwere Operation zu entfernen und das Mädchen vom sonst sicheren Tode zu erretten.

Oberndorf, 9. Juli. Oberamtskrieger Speidel hier wurde zum Stellvertretenden Seuchentomikar bestellt.

Stuttgart, 9. Juli. Vor dem Schwurgericht hatte sich heute der bekannte Kommunistenführer und Schriftsteller Erwin Höhrle wegen Verbrechen aus dem Jahre 1918 verurteilt. Er hat während der Kämpfe im März ein Flugblatt herausgegeben, das die bekannnten Forderungen auf Entlassung der militärischen Führer, Bewaffnung der Arbeiter, Freilassung der politischen Gefangenen, Anschließ an Sowjetrußland usw. enthielt, ohne den Namen des Druckers und Verlegers aufzuweisen und ohne die Genehmigung der Zensurbehörde zu besitzen. In letzterer Unterlassung wurde eine Verletzung gegen die Verordnungen der wirts. Staatsregierung betreffend Vorzensur vom März d. J. in der ersteren eine Uebertretung des Verbotgesetzes erblickt. Die Verhandlung endete mit einer Geldstrafe von 50 M. wegen Uebertretung des Verbotgesetzes.

Großdottmar, 9. Juli. Der 31-jährige Sohn Otto des Metzgers und Wirts Franz Bauer, der aus dem Krieg mit einer feindlichen Wunde in der Herzgegend zurückgekehrt war, dann das elterliche Geschäft übernommen und vor 1/2 Jahr geheiratet hatte, ist gestern abend auf einer Radfahrt in der Nähe der Delfabrik von einem Herzschock getroffen worden, wo er nachts 11 Uhr bewußtlos aufgehoben u. heimgeschafft wurde. Er ist heute still verstorben.

Heilbronn, 10. Juli. Auf einem Spaziergang haben der Schuhmacher Wilh. Dehrie, der Arbeiter Karl Müller u. der Ruscher Eugen Bruder aus Heilbronn in Donnersbrunn ein Schwein erbeutet, zu dem sie besonderes Zutrauen faßten. Einige Tage später begaben sie sich nach dem Aufenthaltsort ihrer Freundin und erzählten ihre Wille. Müller u. Bruder drangen in den Sausfall ein und wollten das Vorstentier mit einer Schwefelsäure chloroformieren. Das misslang, worauf man das Schwein mit einem Messer zerlegte. Jeder packte sich den Rindfleisch voll. In Heilbronn wurde das durchsichtige Blut zum Verzehr und brachte das Fleisch zum Schlachtfest auf die Postzeit. Dehrie wollte vor der Strafkommission auf der ganzen Geschichte nichts wissen und sagte, er habe in seinem Rucksack nur Mehl vermutet. Das Gericht verurteilte die Regelsuppe mit 9 Monaten Gefängnis für Dehrie, sowie mit je 1 Jahr 3 Monaten für Müller und Bruder, die noch 3 Jahre Gefängnis als Knabenstrafe erhalten. 1 Monat Untersuchungshaft wird abgezogen.

Söppingen, 8. Juli. Die Freie Volkszeitung hier, das Organ der Sozialdemokraten hat sich mit der Danderei und dem Verlag der Donaukraft in Ulm zu einer Betriebsgemeinschaft vereinigt. Der Druckereibetrieb wird von hier nach Ulm verlegt. Geschäftsstelle, Redaktion und Buchhandlung bleiben wie bisher bestehen. — Die Zusammenlegung begründet die schwierige Lage der Zeitungen.

Heilbronn, 9. Juli. An Stelle des erkrankten Oberamtmanns Eben ist Oberregierungsrat Schöck bei der Regierung des Jagdkreises in Ulmungen zum Regierungskommissar für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in unserem Oberamtsbezirk bestellt worden.

Zurücknahme der Telefonkündigungen.

Stuttgart, 9. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Fernsprecheinnehmer, die ihren Anschlag auf den 1. Juli getätigt haben, ist mit der Abnahme der Fernsprechanlage bis jetzt nur langsam vorgegangen worden. Da die Erledigung der ausgesprochenen Kündigungen aber nicht mehr länger in Anstand gelassen werden kann, so müssen die Apparate bei den fernsprechenden Leitungsverstellen nunmehr allgemein abgenommen werden. Hiermit wird am 16. Juli begonnen werden Kündigungen können bei der Anschlagstellung noch bis zum 14. Juli schriftlich zurückgezogen werden.

Ablieferung von L 72 an die Franzosen.

Friedrichshafen, 9. Juli. Heute vormittag machte das neueste und größte Zeppeleinluftschiff seine erste Probefahrt, leider um in letzter Höhe an Frankreich abgeliefert zu werden. Das Schiff führt die Bezeichnung L 72 und wurde von der Maschinenverwaltung f. B. nach in Auftrag gegeben. Als die Revolution über Deutschland hereinbrach, war das Schiff erst halb fertig. In der folgenden Zeit wurde es dann vollendet und der Zeppeleinluftschiff zurückgegeben, später wurde Ablieferung nach Reich wieder übernommen. Die Ueberführung nach Mauthausen, wo das Schiff stationiert werden soll, leitet Kommandant Reimer. Die heutige erste Fahrt ist auch bei diesem Schiff, das man in die Hände des Feindes übergeben, ausgeschieden verlaufen.

Letzte Nachrichten.

Ueberrückende Mehrheit der deutschen Stimmen.

Marienburg, 12. Juli. Der gestrige Abstimmungstag in Westpreußen ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Das Ergebnis der Stadt Marienburg stand bis gestern 11 Uhr abends bis auf 3 Bezirke fest; darnach stimmten 8000 Einwohner für Deutschland und 320 für Polen.

Danzig, 12. Juli. Bis 12 Uhr nachts lagen aus dem westpreussischen Abstimmungsgebiet folgende Resultate vor: Stadt Marienburg: 9979 deutsche und 156 polnische, 39 unguiltige Stimmen; Stadt Neuenburg 3323 deutsche und 50 polnische Stimmen; Stadt Rosenberg 2430 deutsche, 8 polnische und 5 unguiltige Stimmen; Stadt Stuhm 2075 deutsche, 749 polnische Stimmen; Deutsch-Eulau 4746 deutsche und 235 polnische Stimmen; Stadt Bischofswerder 1272 deutsche und 227 polnische Stimmen.

Königsberg i. Pr., 10.30 Uhr abends. Das erste abschließende Wahlergebnis lief hier von Syd ein. In der Stadt Syd wurden 8329 deutsche und 7 polnische Stimmen abgegeben. Die aus dem Kreis Syd bisher vorliegenden Ergebnisse lassen die gleiche uberrückende Mehrheit der deutschen Stimmen erkennen.

Aus Osterode Stadt und Land meldet man um die gleiche Zeit ein Teilergebnis von 3867 deutschen und 26 polnischen Stimmen.

Allenstein, 10. Juli. Die Stimmung im Abstimmungsgebiete ist auf ihrem Höhepunkt. Man baut auf einen glänzenden deutschen Sieg. In Ostpreußen und Allenstein neigt fast die gesamte Bevölkerung Deutschland zu und nahm an den Festen teil. Um irgendwelche Störungen der Wahlhandlung durch die Polen verhindern zu können, sind die nötigen Vorkehrungen getroffen worden.

Die Konferenz von Spaan.

Spaan, 11. Juli. Die in der gestrigen Vormittags-sitzung gehaltenen Reden des Reichsministers Simons und der Herron Simons und Hue schritten ihren Glanz nicht verfehlt zu haben. Die Kohlenfachleute haben unter einander Fühlung genommen u. ihre bisherigen Verhandlungen vorläufig aufzuheben. Die Erörterungen der Kohlenfrage dauern fort. Die gestrige Nachmittags-sitzung beschäftigte sich zum ersten Mal mit den Finanzfragen und der Frage des Wiederaufbaues. Der Ton der Verhandlungen ließ nichts zu wünschen übrig.

Paris, 11. Juli. Die Morgenpresse stellt einen Umschwung in der Stimmung in Spaan im Verlaufe der gestrigen Nachmittags-sitzung fest. Nach dem Mittagessen man nimmt in die Periode der Verhandlungen ein. Die Zeit der Reden sei vorüber; war würden die Grundzüge aufrecht erhalten, aber über die Neutralitäten werde man von Seiten der Alliierten mit dem aufrichtigen Wunsch nach Verständigung verhandeln. Die gestrige Rede Simons bedeute einen günstigen Wendepunkt in der Geschichte der Konferenz.

Der Kohlenwirtschaftsplan.

Spaan, 12. Juli. Der den Alliierten von Deutschland vorgelegte Kohlenwirtschaftsplan lautet: Unter der Voraussetzung, daß die Maßnahmen in Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten und im Monat Mai zur Verfügung des Reichskommisars für die Kohlenverteilung Deutschlands bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorrechtigten Lieferung an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion von dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit 88% des Verbrauchs von 1913 beliefert, wie die beiliegende Tabelle aufweist. Bei Berechnung dieses Prozentsages ist der Mehrverbrauch infolge qualitativer Verschlechterung der Kohle nicht berücksichtigt worden. Wir beabsichtigen 50 000 Bergleute pro Jahr neu einzustellen u. für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hiervon eine Mehrleistung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrleistung, die über den arbeitstäglichen Durchschnitt im Monat Mai 1920 (rund 44 000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr von jetzt gerechnet 40%, für das nächste Jahr 25%, während die restlichen Prozente zur freien Verfügung Deutschlands bleiben müssen.

Vom Obersten Rat.

Spaan, 11. Juli. Der Oberste Rat hielt heute eine Sitzung ab. Er beschäftigte sich mit dem türkischen Friedensvertrag. Die Antwort wird den türkischen Delegierten endgültig am 17. Juli übergeben werden. Sie enthält einige Änderungen zu Gunsten der Türkei. In der Lescher Frage ist eine Volksabstimmung vorgesehen. Die Tschechoslowaken und die Polen lehnen sie jedoch beide ab und schlagen einen Schiedspruch des belgischen Königs vor.

In der Danziger Frage wurde die Verwaltung gemäß Art. 104 des Friedensvertrags einer gemischten, aus Danzigern und Polen bestehenden Kommission übertragen.

Erste Zusammenkunft der Völkerverbändeversammlung.

Washington, 10. Juli. (Reuter.) Antisch. Die erste Zusammenkunft der Völkerverbändeversammlung ist auf den 15. November festgesetzt worden.

Englisch-amerikanischer Zwischenfall.

Paris, 11. Juli. Der Korrespondent des „Intransigent“ in Spaan meldet von einem englisch-amerikanischen Zwischenfall. Lloyd George habe einem amerikanischen Journalisten auf die Frage, warum er in der Frage der Wiederaufnahme nachgeben wolle, gesagt, die Amerikaner seien schuld daran, daß die Alliierten sich in schlechter Lage befinden. Das sei nach Amerika getabelt worden. Lloyd George, der am Abend bei einem Bankett der englisch-amerikanischen Presse den Vortritt führen sollte, sei nicht erschienen. In Spaan werde allgemein von diesem Zwischenfall gesprochen.

Keinen Uebertritt auf rumänisches Gebiet.

Spaan, 11. Juli. Nach Czernowitzer Blättern hat ein Teil der polnischen Kräfte von den rumänischen Behörden die Erlaubnis erbeten, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da Rumänien die Neutralität wahren wolle, verweigerte die rumänische Regierung die Genehmigung.

Kaiserin Eugenie gestorben.

London, 11. Juli. Reuter. Nach Zeitungsmeldungen aus Paris ist die Kaiserin Eugenie heute Nachmittag in Spaan verstorben.

Staatsstreik in China?

Peking, 8. Juli. Reuter. Die Lage in Peking ist außerordentlich ernst. Tschangschin, der Führer der Dschili Partei, ist in der Richtung nach Peking abgereist. Wie berichtet wird, hat er den Truppen befohlen, gegen Peking zu marschieren. Man befürchtet einen Staatsstreik.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis.

In Westpreußen: Von 99 316 abgegebenen Stimmen waren 91 634 deutsch u. 7 682 polnisch, demnach 92% deutsch. In Ostpreußen: Von 361 063 abgegebenen Stimmen waren 353 655 deutsch u. 7 408 polnisch, also 97% deutsch.

Molkereigenossenschaft Sulz O. A. Nagold
 e. G. m. u. H.
Bilanz pro 31. Dezbr. 1919.

Aktiva		Passiva	
	M. S.		M. S.
Kassenbestand	506 94	Geschäftsguthaben	
Wert der Immobilien	9300.—	der Mitglieder	466.—
		Reservefond	3 388 90
		Rücklagen u.	
		Geräte	1800.—
		Gewinnreserve	9 326 48
Wert des Mobilars	200.—	Reingewinn	25 56
Darlehen	100.—		
Verbrauchsgegenstände	1300.—		
	13 206 94		13 206 94
		Mitglieder am 31. Dez. 1919:	233.
		Eingetretene 9. Aufgeschieden 0.	
		Sulz den 8. Juli 1920.	174
		Vorsteher: Bekler.	Rechner: Dengler.
			175

Bilanz 1919
der Schwarzwald-Milchverlaus-Genossenschaft
Wildberg e. G. m. b. H.

Aktiva		Passiva	
	M. S.		M. S.
Kassenbestand	261 09	Geschäftsguthaben	
Guthaben bei der		der Mitglieder	850.—
Darlehenskasse			
Wildberg	588 91		
	850.—		850.—
		Zahl der Mitglieder am 31. Dez. 1919:	24.
		Vorsteher: Dürr.	Rechner: Frauer.
			177
		Wildberg, 1. Juli 1920.	

Bilanz der
Molkereigenossenschaft Wildberg 1919.

Aktiva		Passiva	
	M. S.		M. S.
Kassenbestand am		Gewinn der Vor-	
31. Dez. 1919	246 47	jahr	6016 25
Gebäude	4180.—	Gewinn 1919	427 21
Rücklagen u. Geräte	356.—		
Kriegsanleihe			
(Rückwert)	620.—		
Darlehenskasse	1040 99		
	6443 46		6443 46
		Mitgliederzahl am Jahreschluss:	77.
		Vorstand: Straub.	Rechner: Gärtner.
		Möbliertes	Papp-
		Zimmer	Schachteln
		für Herrn sofort gesacht.	in verschiedenen Größen
		Näheres durch die Geschäfts-	empfiehlt.
		stelle d. H.	G. W. Zaiser, Nagold.

Uebersicht über das Ergebnis der ordentl. Farrenschau im Oberamtsbezirk Nagold im Jahr 1920.

Bezeichnung der Gemeinde, Teilgemeinde, Vorzelle	Gesamtzahl der Kühe und Stiere, Kälber, Rot- u. Fleckvieh	Zahl der Farren des Rot- und Fleck-Viehs, der Qualitätsklasse			Von den zugelassenen Farren stehen im Eigentum		
		I (sehr gut)	II (gut)	III (zureichend)	1. der Gemeinde und in Verpflegung	2. von Gemeinde-Farrenhaltern (Art. 2 Abs. 1 u. Art. 2a)	3. a) der Gemeinde (Art. 2 Abs. 1) b) von Farrenhaltern (Art. 2 Abs. 2)
Nagold	197	2	1	—	3	—	—
Altensteig-Stadt	147	2	—	—	2	—	—
Altensteig-Dorf	86	—	1	1	—	2	—
Beltingen	145	—	2	—	—	2	—
Berneck	108	—	2	—	—	—	2
Beuren	77	—	2	—	—	—	2
Böfingen	232	—	3	—	—	3	—
Ebershardt	211	—	2	—	—	2	—
Ehhausen	321	3	—	—	3	—	—
Effringen	355	1	2	—	3	—	—
Egenhausen	361	1	2	—	3	—	—
Emmingen	233	—	1	1	3	—	—
Engtal	116	—	1	—	—	1	—
Gompelshausen	119	—	1	1	—	2	—
Ettmannswiller	135	—	1	1	—	2	—
Fünfbrunn	98	—	—	—	—	—	2
Garrweiler	79	2	—	—	—	1	—
Gaugenwald	79	1	—	—	—	—	1
Hiltlingen	345	1	2	1	4	—	—
Haiterbach	524	1	4	—	5	—	—
Hiltisfra	40	—	1	—	—	1	—
Hetschhausen	138	1	1	—	—	2	—
Hindersbach	117	1	1	—	—	2	—
Oberschwandorf	173	—	2	—	—	—	—
Obertalheim	174	—	3	—	3	—	—
Brondorf	108	1	1	—	—	2	—
Rohrdorf	141	—	2	—	—	2	—
Rotfelden	288	—	2	—	—	3	—
Schillingen	135	—	1	—	—	1	—
Schönbrunn	215	—	2	—	—	3	—
Simmertshausen	166	—	2	—	—	2	—
Spiegelberg	252	—	3	—	—	3	—
Sulz	462	—	3	1	4	—	—
Ueberberg	220	3	—	—	3	—	—
Untertalheim	235	1	2	—	3	—	—
Walldorf	363	—	2	1	3	—	—
Waldhardt	40	—	1	—	—	1	—
Wart	170	1	1	—	—	2	—
Wenden	121	—	1	—	—	—	2
Widberg	180	—	2	—	—	2	—
146	7627	22	61	7	4	39	25
						30	

Nagold, den 9. Juli 1920.

Oberamt: Mü n z.

Bekanntmachung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft betr. Erhöhung der Weizenpreise.

Trotz wiederholt in der Presse gegebener Aufklärungen wehren sich die Angriffe gegen die Reichsregierung wegen der von ihr mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung für Anfang Mai angeordneten Erhöhung der Weizenpreise. Dabei wird vielfach behauptet, daß diese Erhöhung durch die den Landwirten gezahlten Getreidepreise nicht gerechtfertigt werde. Demgegenüber sei nochmals folgendes hervorzuheben: Die Getreidebestände Deutschlands in seinem durch den Friedensvertrag beschränkten Umlange genügen nicht, um seine versorgungsberechtigten Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte zu versorgen. Deshalb müssen für den Rest des Wirtschaftsjahres mehrere hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden. Bei den bekannten Valuationsverhältnissen verursacht dies gegenüber dem Preise des inländischen Weizen Mehraufwendungen von etwa 3 Milliarden Mark. Von diesen werden nur etwa 1 1/2 Milliarden durch die Erhöhung der Weizenpreise gedeckt; den übrigen Betrag muß das Reich tragen. Daß die Heranziehung der versorgungsberechtigten Bevölkerung nicht auf die von der Reichsgetreidestelle versorgte beschränkt werden konnte, sondern daß auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, obgleich sie selbst im allgemeinen kein Auslandsgetreide zu verwenden brauchen, im gleichen Umlange wie die selbstwirtschaftenden zu Beiträgen herangezogen werden mußten, war erforderlich, weil andernfalls eine einseitige Belastung der von der Reichsgetreidestelle versorgten Kommunalverbände erfolgt wäre, während die für die öffentliche Wirtschaft erwachsenden Lasten von allen Angehörigen des Reichs in gleicher Weise getragen werden.

Nagold, den 10. Juli 1920.

Oberamt: Mü n z.

Abbitte!

Unterzeichneter nimmt die gegen Friedrich Schmelze, Kaufmann in Ebershardt gemachten unwahren Aussagen reumütig zurück.

Richard Voß.

Gesehen: Ebershardt, den 10. Juli 1920.

Schultheiß Rothfuß.

Wart.



Eine fehlerfreie, bereits noch neuwertige, gute Kuh- und Schaffkuh

Richard Voß, Johannes Herter.

Bezugsheine

für Rothandsstiefel sowie die Spiritusmarken werden am Montag abgegeben.

Pferdverkauf

am nächst. Mittwoch morgens 8 Uhr auf der Stadtpflege-Kanzlei in Nagold.

Verloren

gestern Sonntag Mittag vom Vereinshaus bis Bahnhofstraße eine goldene Brosche.

Kaufmann

zur Führung der Bücher. Kost und Wohnung im Hause.

Breisgauer Kunstmostansatz

stets vorrätig bei Friedr. Schuler & Löwen Haiterbach

Schön möbliertes Zimmer

in gutem Hause an soliden Herrn auf 1. August zu vermieten.

Nagold, den 12. Juli 1920.

Dankfagung.

Für die vielen wohlthuenden Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei unserer so unerwartet rasch aus dem Leben entziffenen lieben Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante



erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, sowie für die vielen Kranzspenden und für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts sagen herzlichsten Dank

der Gatte: Friedrich Wurster, Schreinermeister mit Kindern.

Geschäftsanzeige und Empfehlung.

Einem hiesigen und auswärtigen verehrteten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich nun meine

Glaserei

(im Hause des H. Jakob Bräunung Schreinererei) auf eigene Rechnung betriebe und empfehle mich in allen in dieses Fach einschlagenden Glasarbeiten.

Franz Gerbis, Glaser.

Lehrverträge empfiehlt G. W. Zaiser.

STATT KARTEN!

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen:

Wilhelm Schraeder
Elisabet Schraeder
geb. Drössel

NAGOLD, den 12. Juli 1920.

GEORG MAIER
Hauptlehrer
ELSA MAIER
geb. Boß
VERMÄHLTE

Nagold Onetmettingen
Onetmettingen Juli 1920.

Die glückliche Geburt eines Sohnes geben bekannt

Nagold, 11. 7. 20.

Dr. med. K. Beck u. Frau Berta geb. Wurst.

Als VERLOBTE grüßen

Emilie Belch
Karl Bähr

Nagold Pforzheim
Juli 1920.

Besseres Mädchen,
das selbstständig kochen kann für bess. Haushalt nach Mannheim gesucht. Eintritt sofort oder später, da jetzige Köchin betrauert. Ferner gewandtes

Zimmermädchen,
das schon in besserem Haushalt gedient hat, bei guter Verpflegung u. Behandlung gesucht. Eintritt nach Uebereinkunft. Offerten erbitten an Frau Heß & St. Kurhaus Bad Teinach.

Mädchens

wird zur selbstständigen Führung des Haushalts (4 Personen) ein tüchtiges und ehrliches Mädchen für sofort gesucht.

Karl Wilhelm Fuchs
Pforzheim, Breitenstr. 14
Telefon 3036.

Ziehharmonikas

Instrumente billig zu verkaufen, wie

Trompeten, Gitarren, Geigen, Mandolinen, Grammophone,
letzteres ist alles gebraucht, bereits noch neu bei

Gebr. Söhnlefer, Pforzheim, Bergstraße 27.

Ca. 80 Zentner Stroh
hat zu verkaufen.

Rudolf Egeler, Nebringen C.A. Herrenberg.